

Datenblatt für Forschungs- und Untersuchungsvorhaben des BMVBS

Fachreferat: BAST

Projekt-Nr.:77.0499

Stand: Juni 2010

Thema: Einsatzbereiche und Einsatzgrenzen von Straßenumgestaltungen nach dem sog. Shared Space-Prinzip
Art des Forschungsvorhabens 2. Fachliche Daueraufgabe
Zentrale Politikfelder, denen das Forschungsvorhaben/Programmschwerpunkt dient <ul style="list-style-type: none">- 9. Planung, Bau, Unterhaltung und Management von Verkehrsinfrastrukturen- 10. Verkehrssicherheit
Sachbereiche Ressortforschung
Die Untersuchungsergebnisse werden benötigt für Technische Regelwerke, Standard- und Normsetzungen
Kurzbeschreibung des Vorhabens; sachlicher Kontext, rechtliche Verpflichtung <p>Die Einsatzbereiche von Mischverkehrsflächen sind in Deutschland seit den 1980er Jahren diskutiert, erprobt und u.a. in der RAST beschrieben. Für einzelne zentrale Straßenräume sind Städte und Gemeinden teilweise deutlich darüber hinausgegangen, haben fachliches Neuland betreten – entsprechend der halt lokal vorherrschenden Bedingungen und spezifischen Anforderungen. Dabei ist das erweiterte Spektrum an Gestaltungsmöglichkeiten mit zunehmender Mischung des Verkehrs und der Interaktion der Verkehrsteilnehmer weiter entwickelt (z.B. Kreisverkehre, Schutzstreifen für den Radverkehr) und nur teilweise in den Regelwerken der FGSV beschrieben.</p> <p>Begegnungszonen als Mischverkehrsflächen auf Basis von Tempo 20 sind inzwischen in der Schweiz, Belgien und Frankreich straßenverkehrsrechtlich verankert und werden in sehr unterschiedlichen Einsatzbereichen erprobt. In Deutschland werden die Erfahrungen in einigen Fällen (z.T. mit straßenverkehrsrechtlicher Ausnahmeregelung) übertragen.</p> <p>Die Ergebnisse des INTERREG-Projektes „Shared Space“ im Nordseeraum bewegt mit seiner grundsätzlichen Kritik am Separationsparadigma und dem offiziellen deutschen Anwendungsfall Bohmte die fachliche und kommunalpolitische Diskussion. Die Länder Hamburg, Brandenburg und Nordrhein-Westfalen haben dies in unterschiedlicher Weise</p>

mit lokalen Pilotvorhaben aufgegriffen; in Baden-Württemberg hat sich eine landesweite kommunale Initiative gebildet.

Die präzise Definition dieses Themenkomplexes steht allerdings noch aus: erste Befunde zu den Wirkungen beziehen bisher nur auf vereinzelte Fälle. Auf dieser Basis hat z.B. Hamburg den Stand erster Untersuchungen und Überlegungen als Handreichung veröffentlicht. Mehrere Organisationen im Verkehrswesen haben sich zum Bedarf einer Begegnungszonenregelung in der StVO positioniert.

Der Impuls zur Umgestaltung geht häufiger von Zielen der städtebaulichen und Zentrumsentwicklung statt von Sicherheitsmängeln aus. Es berührt jedoch auch Fragen der Verkehrssicherheit. So ist die Frage, in welchen räumlichen Ausprägungen und bei wie hohen Kfz-Belastungen das Mischprinzip ebenso gut oder besser funktioniert als das Separationsprinzip, noch sehr offen. Lokal ist die für den Blickkontakt notwendige Regelung und Einschränkung des Straßenparkens kommunalpolitisch oft strittig. Das nötige Repertoire für die Berücksichtigung blinder und stark sehbehinderter Verkehrsteilnehmer ist noch nicht ausreichend entwickelt. Dabei dürften die Straßenräume, in denen nicht formale Regeln und Signalisierung, sondern die direkte (intuitive) Interaktion der Verkehrsteilnehmer die Abläufe bestimmen, recht unterschiedliche Situationen darstellen.

Das sogenannte Shared Space-Prinzip wird auf der Basis einzelner Aufsätze sowie zweier Broschüren von GDV und ADAC kontrovers diskutiert. In vielen Kommunen werden entsprechende Projekte diskutiert, geplant und auch realisiert. Bisher sind jedoch die Erkenntnisse zum Geschwindigkeitsverhalten, zum Interaktionsverhalten Fußgänger-Fahrzeug und zum Unfallgeschehen nicht ausreichend belastbar. Weiterhin werden insbesondere die Einordnung in das Mischungs- oder Trennungsprinzip sowie das Zusammenwirken von Ausbautyp und straßenverkehrsrechtlicher Anordnung sehr kontrovers gesehen.

Daher sind zur Schaffung von Planungssicherheit in den Kommunen sowie zur Vermeidung von unsicheren und kostenaufwändigen Umgestaltungen von Stadtstraßen die Einsatzbereiche und vor allem die Einsatzgrenzen von Straßenumgestaltungen nach dem „Shared Space-Prinzip“ zu klären.

Die empirischen Ergebnisse des Vorhabens können den Kommunen und Straßenverkehrsbehörden eine Leitlinie geben, wie unter den spezifischen Bedingungen auch jenseits der von der RASSt abgedeckten Fälle örtlich angepasste Lösungen entwickelt und erprobt werden, die Aspekte der Zentrumsentwicklung, Verkehrsentwicklung und Verkehrssicherheit für die Mandatsträger abgewogen werden.

Das Vorhaben soll auf den strukturellen Überlegungen der in Bearbeitung befindlichen „Hinweise zum Entwurf von Straßen in zentralen Bereichen – Shared Space und andere Ansätze“ der FGSV aufbauen und die notwendigen empirischen Grundlagen schaffen. Dabei sollen neben den bereits unter dem Titel Shared Space umgestalteten Bereichen und Elemente von Shared Space (z.B. linienhafte Fußgängerquerungen) betrachtet werden.

Zu erreichendes Ziel; was ist als Ergebnis zu erwarten?

Ziel des Vorhabens ist die Bereitstellung empirisch fundierter Erkenntnisse über die Randbedingungen (z. B. Straßenkategorie, Lage im Straßennetz, Ausdehnung,

Verkehrsstärken im Kfz- und Fußgängerverkehr) und die Auswirkungen auf das Verkehrsverhalten (z. B. Geschwindigkeiten, Interaktionsverhalten, Unfallgeschehen) von unterschiedlichen Umgestaltungsmaßnahmen (z. B. bezüglich Niveauunterschieden, funktionalen Gliederungselementen) und ihrer straßenverkehrsrechtlichen Ausweisung (z. B. Z 325 StVO, Z 274 1/2 StVO), die als konkrete Planungs- und Entwurfshinweise dienen können und Eingang in das Regelwerk finden sollen. Das Forschungsergebnis geht somit weit über bisher vorliegende Veröffentlichungen (i. d. R. kommentierte Beispielsammlungen) hinaus.

Offen sind insbesondere folgende Fragen:

- Inwiefern beeinflussen die Maßnahmen der Straßenraumgestaltung kurz- und mittelfristig das Verkehrsverhalten (Straßenraum)?
- Wie können die Belange schutzbedürftiger VerkehrsteilnehmerInnen (Kinder, Mobilitätseingeschränkte, Senioren) adäquat berücksichtigt werden?
- Welche gestalterischen Maßnahmen (Mischverkehrsfläche, weiche Separation) lassen sich in Abhängigkeit der Verkehrsstärke und Zusammensetzung des Verkehrs anwenden (funktionale und wirtschaftliche Perspektive)?
- Wie können die Konzepte in den Rahmen der StVO und des bestehenden Regelwerks integriert werden? Muss ggf. eine Weiterentwicklung dieses Rahmens erfolgen?

Die gezielte Evaluation der bestehenden Pilotprojekte (z.B. Hamburg Gemeinschaftsstraßen und der BID-Projekte) kann wichtige Erkenntnisse zur Wirksamkeit und Funktionalität (Nutzerperspektive) der genannten Ansätze liefern. Die ergänzende Untersuchung weiterer Fallbeispiele aus anderen Städten ist sinnvoll. Im Mittelpunkt sollte dabei die Untersuchung des (Verkehrs-)Verhaltens der Nutzergruppen stehen. Methodisch müsste hierfür eine Weiterentwicklung von Ansätzen der Verkehrssicherheits- und Verkehrs-Konflikt-Forschung erfolgen, die insgesamt das Empfinden des Straßenraums (Aufenthaltsqualität, Wohlfühlen, Sicherheit, Identifikation, Orientierung) in den Vordergrund stellt. Als Ergebnis sind u.a. zu erwarten:

- Aussagen zu Akzeptanz und Funktionalität von nach dem Shared Space Prinzip gestalteten Straßenräumen
- Erprobung innovativer methodischer Herangehensweisen zum Thema Verkehrsverhalten
- Vertiefte Erkenntnisse zum Verhalten einzelner Verkehrsteilnehmer und zur Verkehrssicherheit in den betrachteten Straßenräumen
- Empfehlungen für die Umsetzung von Shared Space Projekten im städtischen Kontext
- Empfehlungen für die Fortschreibung der StVO und der technischen Regelwerke

Forschungsnetzwerk (Verknüpfung mit anderen Untersuchungen)

Untersuchung im Zusammenhang mit der Erarbeitung des Handbuchs für die Bewertung der Verkehrssicherheit von Straßen (HVS).

Folgen, wenn das Forschungsvorhaben/der Programmschwerpunkt in diesem Haushaltsjahr nicht durchgeführt wird.

Wegen der starken öffentlichen Diskussion kann befürchtet werden, dass

Straßenumgestaltungen nach dem sog. Shared Space-Prinzip umgesetzt werden, die die Einsatzgrenzen des Prinzips überschreiten und daher mit Sicherheitsrisiken insbesondere für die Fußgänger verbunden sind.

Haushaltsstelle/Finanzierungsstelle

Kapitel 1218 Titel 544 01 Vsl. Bearbeitungszeit: von: 10.2010 bis: 10.2012

Vsl. Gesamtkosten:

Forschungsmittel BMVBS: Mittel Dritter:

Aufteilung auf Hj. 2010:
2011:
2012:

Vergabeart:

x

Preis-/Leistungsanfrage mit Wettbewerb

Preis-/Leistungsanfrage ohne Wettbewerb